

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Dr. Vincentz. – Weitere Wortmeldungen, liebe Kolleginnen und Kollegen, liegen nicht vor. Das bleibt auch bei einem Blick in die Runde so. Dann schließe ich die Aussprache zu Tagesordnungspunkt 1, der Unterrichtung durch die Landesregierung.

Ich rufe auf:

2 Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2020 (Nachtragshaushaltsgesetz 2020 – NHHG 2020)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/8881

erste Lesung

In Verbindung mit:

Gesetz zur Errichtung eines Sondervermögens zur Finanzierung aller direkten und indirekten Folgen der Bewältigung der Corona-Krise (NRW-Rettungsschirmgesetz)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/8882

erste Lesung

Zur Einbringung des Gesetzentwurfs erteile ich für die Landesregierung Herrn Finanzminister Lienenkämper das Wort.

Lutz Lienenkämper*), Minister der Finanzen: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Herr Ministerpräsident Armin Laschet hat vorhin mit klaren Worten die enorme Tragweite der Coronapandemie für unser Land Nordrhein-Westfalen als Ganzes verdeutlicht. Wirtschaft und staatliche Finanzen bilden da keine Ausnahme – ganz im Gegenteil, denn wie auch sonst, sind diese schließlich nichts anderes als das Produkt der tagtäglichen Leistung von Millionen von Menschen an Rhein, Ruhr und Lippe.

Als Heimat der Sozialen Marktwirtschaft stand gerade Nordrhein-Westfalen immer für das Gegenteil einer Ellbogengesellschaft. Solidarität ist eines unserer Markenzeichen seit der Gründungszeit unter dem ersten gewählten Ministerpräsidenten Karl Arnold – Zupacken ebenfalls. Durch eigene Leistung und Arbeit gemeinsam aufsteigen zu können, das gehört zur DNA Nordrhein-Westfalens.

Um dieses Aufstiegsversprechen wieder einhalten zu können, haben wir in den letzten Jahren durch mehr Zutrauen mehr ermöglicht. Der Motor lief wieder rund. Im Landeshaushalt haben wir Überschüsse

erwirtschaftet, Vorsorge geleistet und Rücklagen geschaffen. Auch in Nordrhein-Westfalen gelang nach vielen Jahrzehnten die Haushaltswende.

(Lachen von Jochen Ott [SPD])

Durch gezielte Umschuldungen der letzten Jahre konnten wir die positiven Haushaltseffekte des anhaltenden Niedrigzinsumfeldes für die öffentliche Hand bestmöglich für Nordrhein-Westfalen nutzen. Das alles versetzt unser Land genau zum richtigen Zeitpunkt in eine finanziell starke Situation. Denn das Coronavirus hat unsere Wirtschaft wie vielerorts in der Welt fast über Nacht zu einer Vollbremsung gebracht, und zwar buchstäblich.

Wo eben noch die Produktionsbänder etwa bei Ford in Köln liefen, da ist jetzt Stillstand. Wo eben noch Millionen Menschen jeden Tag zur Arbeit in einem der über 700.000 kleinen und mittelständischen Betriebe fahren, wird nun Homeoffice oder in vielen Fällen Kurzarbeit verrichtet. Wo eben noch tolle Konzerte, Messen und Gastronomie Hunderttausende Menschen lockten, sind die Türen nun verschlossen, brechen über Nacht Umsätze und Einkommen weg, fürchten fleißige Menschen um ihre berufliche Existenz.

Ja, zu diesen vielen abrupten Veränderungen gehört sogar: Wo eben noch das Wort Ellbogengesellschaft für unsolidarisches Verhalten stand, ersetzt der ausgestreckte Ellbogen im Kampf gegen das Virus heute symbolisch den Handschlag und wird zum Zeichen der Solidarität. An vieles werden wir uns erst noch gewöhnen müssen.

Aktuell wissen wir nicht, wie lange diese Krise dauern wird und wie teuer sie wird. Aber klar ist: Wir werden die gemeinsam erarbeitete finanzielle Stärke Nordrhein-Westfalens jetzt nutzen, um die heimische Wirtschaft und damit auch deren Arbeitsplätze und Aufstiegschancen klug durch die Krise zu bringen.

Ziel ist es, die Wirtschaft auf niedriger Drehzahl am Laufen zu halten, damit das Gaspedal sofort durchgedrückt werden kann, sobald das Virus besiegt ist, wie es eine große Tageszeitung kürzlich zutreffend beschrieb. Denn das Virus unterbricht zwar für den Augenblick unser wirtschaftliches Leben und unseren Alltag, aber es verändert nicht die nordrhein-westfälische DNA: Aufstieg durch eigene Leistung und durch Arbeit bleibt weiterhin unser Ziel. Nordrhein-Westfalen soll stärker aus der Krise hervorgehen, als es hineinging. Die soziale und solide Haushaltssituation unseres Landes ermöglicht es, jetzt stark, schnell, entschieden und gemeinsam zu handeln, meine Damen und Herren.

(Beifall von Bodo Middeldorf [FDP])

Mit den beiden Ihnen vorliegenden Gesetzentwürfen tun wir ganz genau das. Wir spannen mit dem Nachtragshaushalt 2020 einen Rettungsschirm mit einem Volumen von 25 Milliarden Euro, um die direkten und

indirekten Folgen der Coronakrise zu bewältigen. Das entspricht rund 3 % des Bruttoinlandsprodukts von Nordrhein-Westfalen. Wir bilden dies bewusst, transparent und nachvollziehbar in einem eigens für diesen Zweck geschaffenen Sondervermögen im Landeshaushalt ab.

Eine solche Kraftanstrengung wird nach meiner festen Überzeugung auch den Landeshaushalt mittelfristig günstiger zu stehen kommen, als zu wenig zu tun oder zu langsam. Letzteres wäre sowohl ökonomisch als auch haushaltspolitisch falsch.

Die Mütter und Väter der Schuldenbremse hatten eine solche Notfallsituation im Blick, als sie sowohl im Grundgesetz als auch in der Landeshaushaltsordnung die Kreditaufnahme für einen solchen Fall ausdrücklich ermöglicht haben.

Natürlich hoffe ich sehr, dass wir nicht die gesamte Summe benötigen werden. Selbstverständlich gilt es, jeden geliehenen Euro über einen festen Tilgungsplan auch wieder geordnet zurückzuzahlen. Ebenso selbstverständlich setzen wir unsere sparsame reguläre Haushaltsführung weiter fort.

Unter dem Strich ist jedoch entscheidend: Wir halten die soziale Marktwirtschaft in Nordrhein-Westfalen am Leben, indem der Staat auch in der wohl größten ökonomischen Krise seit der Gründung unseres Landes die richtigen Rahmenbedingungen setzt. Sie müssen passgenau, maßgeschneidert und vor allem unbürokratisch sein, ohne Mitnahmeeffekte und ohne falsche Anreize.

Genau deshalb zeigt sich in dieser Krise auch eines: Es ist gut, dass wir den Föderalismus haben. Es ist gut, dass wir, die Länder, gezielt die wirtschaftsstrukturellen Bedingungen vor Ort passgenau berücksichtigen können. Denn diese sind in Heinsberg ganz anders als beispielsweise auf den Nordseeinseln.

So wird der nordrhein-westfälische Rettungsschirm die – ich will das ausdrücklich betonen – äußerst begrüßenswerten Programme des Bundes gezielt ergänzen.

Konkret heißt das: Wir erhöhen den Rahmen für Landesbürgschaften von 900 Millionen Euro auf 5 Milliarden Euro. Wir stellen sicher, dass Bürgschaften der Bürgschaftsbank in Form von Expressbürgschaften bis zu einer Höhe von 250.000 Euro rasch greifen, und wir dehnen die Bürgschaftsobergrenze auf 2,5 Millionen Euro aus.

Einiges, was betroffenen Firmen durch diese schwere Zeit helfen kann, haben wir in den vergangenen Tagen bereits umgesetzt und anlaufen lassen.

Die NRW.BANK hat die Bedingungen ihres Universalkredits attraktiver gestaltet und übernimmt nun schon ab dem ersten Euro bis zu 80 % des Risikos; vorher waren es 50 %.

Zudem kommt die Finanzverwaltung von Nordrhein-Westfalen betroffenen Unternehmen auf Antrag mit Steuerstundungen und der Herabsetzung von Vorauszahlungen entgegen. Ermessensspielräume werden dabei großzügig genutzt.

In der letzten Woche haben wir zwischen den Ländern und dem Bund weitere wichtige Sofortmaßnahmen abgestimmt, die auch sofort in Kraft getreten sind und den von der Krise betroffenen Unternehmen auf Antrag zur Verfügung stehen.

Wir garantieren eine zinslose Stundung der fälligen Steuern wie Einkommen-, Körperschaft- und Umsatzsteuer. Die Steuervorauszahlungen werden abgesetzt. Das gilt für die Einkommen- und Körperschaftsteuer, aber auch für die Gewerbesteuer. Von Vollstreckungsmaßnahmen wird bis auf Weiteres abgesehen. Säumniszuschläge werden erlassen.

Alle diese Maßnahmen können betroffene Unternehmer und Unternehmerinnen aus Nordrhein-Westfalen mit einem über unsere Homepage leicht abrufbaren Formular rasch und unbürokratisch an das jeweils zuständige Finanzamt übermitteln. Es handelt sich um eine einzige Seite DIN-A4-Formulartext.

(Beifall von Bodo Löttgen [CDU])

Sie kann per Post oder über das auf der Homepage des zuständigen Finanzamts verfügbare Kontaktformular per Mail zugesandt werden.

Das Ziel besteht auch kurzfristig darin, schnell Liquiditätspotenziale für die Firmen zu schaffen. So setzen wir etwa die Sondervorauszahlungen für Dauerfristverlängerungen bei der Umsatzsteuer für krisenbetroffene Unternehmen auf Antrag auf null herab. Das klingt sehr technisch. Die Wirkung ist aber nicht zu unterschätzen. Denn bereits in diesem Jahr geleistete Sondervorauszahlungen erstatten wir den Unternehmen. Allein damit werden Mittel im Umfang von mehr als 4 Milliarden Euro sofort zur Verfügung gestellt.

Wir prüfen darüber hinaus auch, wie wir das Programm, das der Bund zur Bewältigung aufgelegt hat, pass- und zielgenau auf die Besonderheiten unseres Landes zuschneiden können. Wir werden das Bundesprogramm durch ein eigenes Landesprogramm dort ergänzen, wo dies aufgrund von Besonderheiten in Nordrhein-Westfalen und im Interesse betroffener Einzel- und Kleinunternehmer, Selbstständiger sowie Kulturschaffender erforderlich ist.

Wir werden heute im Kabinett vorschlagen, in einem ersten Schritt parallel zum Bundesprogramm, das am Mittwoch vom Deutschen Bundestag beschlossen werden soll, auch Unternehmen von 10 bis 49 Mitarbeitern einen Zuschuss nach den Regeln des Bundesprogramms

(Beifall von Bodo Löttgen [CDU])

in Höhe von 25.000 Euro schnell und unbürokratisch zukommen zu lassen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vieles spricht dafür, dass die Ausbreitung des Coronavirus eine weltweite Zäsur für alle Politikfelder markiert, zuallererst für die Gesundheitspolitik.

Deswegen werden wir auch unsere Möglichkeiten des Rettungsschirms für die Krankenhäuser nutzen. Wir brauchen jedes Krankenhaus. Weil die Krankenhäuser alle möglichen Kapazitäten für Coronaerkrankte frei halten, entstehen ihnen Einnahmeausfälle. Wir wollen nicht, dass auch nur ein Haus deswegen Liquiditätsprobleme bekommt.

Deshalb werden wir in Ergänzung zum Bundesprogramm, wenn das erforderlich ist, aus dem Rettungsschirm eine Vorfinanzierung übernehmen, damit sofort Liquiditätshilfe bei den Krankenhäusern in Nordrhein-Westfalen ankommt. Wir werden auch hier passgenau die richtigen Antworten auf die große Herausforderung geben.

Änderungen gibt es auch für die Wirtschafts- und Finanzpolitik. Wenn dieses Virus irgendeine positive Folge hat, dann sicher die wachsende Einsicht, dass Kooperation und besonnenes Handeln viel besser sind als Spaltung und besinnungslose Lautstärke. Gerade Nordrhein-Westfalen steht in dieser kooperativen Tradition, wenn es darauf ankommt.

Ich bin daher dankbar dafür, dass in dieser auch haushalts- und finanzpolitischen Schicksalsstunde alle anwesenden Fraktionen ihre grundsätzliche Zustimmung zu den beiden Gesetzentwürfen signalisiert haben, und werbe an dieser Stelle ausdrücklich dafür.

Meine Damen und Herren, unser Land hat in seiner über 70-jährigen Geschichte immer wieder bewiesen, dass wir gemeinsam auch schwere Prüfungen meistern können. Diese ist zweifellos neu und so noch nie da gewesen. Aber wir in Nordrhein-Westfalen sind stark und zupackend. Die gute haushaltspolitische Ausgangssituation verschafft uns jetzt die Grundlage, auch ökonomisch den vor uns liegenden Test gemeinsam gut zu bestehen.

Lassen Sie uns dabei eng mit all den vielen zusammenarbeiten, die ihre wertvolle Hilfe für all diejenigen leisten, die sie in Nordrhein-Westfalen brauchen. Lassen Sie uns gemeinsam dafür sorgen, dass wir Nordrhein-Westfalen gut durch diese Krise bringen.

(Beifall von allen Fraktionen)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Lienenkämper. – Jetzt hat Herr Hübner für die SPD-Fraktion das Wort.

Michael Hübner* (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die eine oder andere Bemerkung hat mich ja geradezu bewogen, ein bisschen zurückzuschauen. Aber darauf verzichte ich heute. Heute müssen wir den Menschen in NRW mehr denn je Sicherheit und Orientierung geben – Sicherheit und Orientierung für die Menschen, für die Familien und für die Unternehmen, dass sie sich auf einen starken Staat verlassen können. Gemeinsam setzen wir heute ein starkes Zeichen, dass NRW handlungsfähig ist.

Das Gesetz, über das wir heute debattieren, ist zugegebenermaßen ein Blankoscheck über 25 Milliarden Euro. Diesen Rettungsschirm werden die Menschen in NRW aber brauchen. Deshalb werden wir als Sozialdemokratie diesem Rettungsschirm zustimmen. Es handelt sich um eine gute Ergänzung zu den 156 Milliarden Euro, die vonseiten des Finanzministeriums in Berlin, von Olaf Scholz, auf den Weg gebracht worden sind.

Wir wollen, dass diese 25 Milliarden Euro nicht nur eine bloße – für jeden Einzelnen von uns unvorstellbar hohe – Summe sind. Vielmehr muss klar werden, dass wir mit greifbaren Maßnahmen den vielen Menschen in NRW zur Seite stehen, die durch das Coronavirus und die Coronawirtschaftskrise betroffen sind: den Pflegerinnen, den Ärztinnen, den Kassiererinnen, den Erzieherinnen, den Lkw-Fahrerinnen, den Lehrerinnen, den Selbstständigen, den Freiberuflern und den Familien, aber auch den Studierenden.

Wir haben schon einige Hinweise gegeben, wofür wir aus unserer Sicht diese heute debattierten 25 Milliarden Euro ausgeben sollten. Drei wesentliche Punkte möchte ich dabei besonders hervorheben.

Erstens. Das Coronavirus zeigt uns in einer Situation, in der wir sehr verletzlich sind, einmal mehr, wie sehr das Gesundheitswesen und die sozialen Dienste auf Kante genäht sind. In den systemrelevanten Berufen leisten Tausende Bürgerinnen und Bürger momentan Großes. NRW muss in dieser Lage viel Geld in die Hand nehmen, um Investitionen in Krankenhäuser, in Pflegedienste oder in die Sozialwirtschaft zu tätigen.

Wir sollten aber auch vorausschauen und sagen: Wir lernen aus dieser Krise. Die betriebswirtschaftliche Effizienz, die beispielsweise zu DRGs im Krankenhauswesen geführt hat, muss wieder mehr und mehr der Menschlichkeit im Gesundheitswesen und vor allen Dingen dem Sozialwesen weichen.

Zweitens. Wir haben vonseiten des Ministerpräsidenten schon etwas zu unbürokratischen Hilfen gehört. Das Bundesfinanzministerium geht von bundesweit 1 Million Anträgen von Kleinstunternehmen und Solo-Selbstständigen aus. Das wären in Nordrhein-Westfalen, grob heruntergerechnet, 210.000 Anträge.

Sie, Herr Ministerpräsident, haben deutlich gemacht, dass die Bezirksregierungen das zu leisten haben. Ich finde, dass die Bezirksregierungen damit vor einer enormen Herausforderung stehen. Auch die Bezirksregierungen können unter Druck geraten, wenn ihre Mitarbeiter in einer besonderen Art und Weise vom Coronavirus betroffen sind und wir wollen, dass Kleinunternehmen und Solo-Selbstständige trotzdem entsprechend unterstützt werden.

Das allein zeigt, dass wir von Allüren wie „Privat vor Staat“ wegkommen müssen. Wir müssen wieder einen starken Staat bekommen, der auch in einer solchen Krise Handlungsfähigkeit beweisen kann,

(Beifall von der SPD und Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

damit den Menschen schnell deutlich wird, dass dieser Staat den Menschen hilft.

Dafür brauchen wir klare Informationen und klare Anweisungen anstelle von Erlassen, die wir an einem Tag zweimal ändern und die in den Kommunen zu viel Unsicherheit führen. Wir brauchen klare Anweisungen vonseiten der Exekutive für die Bezirksregierungen.

Drittens. Unsere Städte, Herr Ministerpräsident, stehen sowohl bei der Eindämmung des Virus als auch bei dem Schutz unserer Bevölkerung und der Hilfe für die vielfältig betroffenen Menschen und Unternehmen an vorderster Front. Es geht unter anderem um die Frage einer Stundung der Gewerbesteuer. Auch dazu müssen wir heute aus diesem Rund eine klare Anweisung geben, dass es auch möglich ist, Gewerbesteuer zu stunden. In unseren Städten wird am schnellsten deutlich, welcher Bedarf und welche Handlungsnotwendigkeiten sich ergeben.

Deshalb steht für uns eines auch im Vordergrund: Wir brauchen gerade jetzt handlungsfähige Städte, und wir wollen, dass die Städte unter den Schutzschirm des Landes Nordrhein-Westfalen kommen, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD)

Ich bin überzeugt: So sind wir stark – stark genug in der Krise, um diese Krise zu bewältigen.

Meine Damen und Herren, bleiben Sie gesund. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Hübner. – Nun spricht für die CDU-Fraktion Herr Kollege Moritz.

Arne Moritz^{*)} (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In den letzten Tagen haben wir alle auf

verschiedenste Weise denjenigen unsere Dankbarkeit gezeigt, die in Schlüsselfunktionen dafür sorgen, dass wir weiterhin Lebensmittel kaufen können, die ärztliche Versorgung sichergestellt ist, der Müll abgeholt wird, Strom und Wasser fließen und vieles mehr.

Auch ich danke allen ganz herzlich dafür, dass sie für unsere Gesellschaft und damit für uns alle diese wichtige Aufgabe übernehmen.

Ebenso danke ich gerade heute auch allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Ministerien und in der Staatskanzlei dafür, dass sie innerhalb kürzester Zeit den Nachtragshaushalt formuliert und erarbeitet haben. Denn nur wenn dieser verabschiedet wird, können wir entsprechend helfen und unterstützen und die wirtschaftliche und damit auch menschliche Not lindern.

Ich danke auch den Fraktionen für die Zusammenarbeit. Kontrovers geführte Debatten und die notwendigen Beratungszeiten gehören normalerweise zu einem funktionierenden Parlamentarismus unbestreitbar dazu. Nur befinden wir uns in einer seit dem Zweiten Weltkrieg beispiellosen Ausnahmesituation, der nicht mit den normalen Maßstäben begegnet werden kann. Gerade deshalb bin ich den Oppositionsfraktionen dankbar dafür, dass wir heute in dieser Weise verfahren können und als Parlament nun das Zeichen setzen, dass wir am selben Strang ziehen, dass es uns um dieselbe Sache geht.

Salus publica suprema lex: Das Gemeinwohl muss für die Politik das oberste Gebot sein. Heute zählen nicht nur 18 Millionen Nordrhein-Westfalen darauf, dass wir als Landesparlament unseren Beitrag zur Sicherung der Grundbedürfnisse nach Gesundheit, Versorgung und stabilen wirtschaftlichen Verhältnissen leisten. Unser Bundesland – unsere Heimat, unsere Wirtschaft, unsere Politik – verantwortet 20 %, also ein Fünftel, der Wirtschaftsleistung der Bundesrepublik Deutschland.

NRW hat eine extreme wirtschaftliche Bandbreite von kreativen und engagierten Handwerkern über den innovativen Mittelstand bis hin zu weltweit marktführenden Unternehmen.

Die Entscheidungen, die wir für die Zukunft unserer heimischen Wirtschaft treffen, betreffen auch Menschen weit über die Grenzen von NRW hinaus. Denn hier wird nicht nur für Wohlstand, Infrastruktur und Fortschritt für NRW gearbeitet, sondern auch für die daran angeschlossene bzw. vorgelagerte Wertschöpfungskette in Deutschland und Europa.

Wegen dieser herausragenden Rolle NRW als Motor der bundesdeutschen Wirtschaft kommt es in dieser beispiellosen Situation darauf an, dass wir mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln alles dafür tun, dass dieser Motor NRW weiterlaufen kann.

Das bedeutet, dass jeder, der einen Anteil an der Wirtschaftsleistung NRW hat, kurzfristig, schnell

und unbürokratisch auf effiziente Hilfe des Landes zurückgreifen kann. Gelten muss das für den Restaurantbesitzer und den Kulturschaffenden ebenso wie für das Kleinunternehmen, den Mittelständler und den Weltmarktführer von Ostwestfalen bis in die Eifel.

Das Land übernimmt genau dafür Verantwortung und schafft die beste Währung, die wir in Zeiten einer Krise überhaupt schaffen können. Diese Währung heißt Vertrauen. Genau das haben wir aus der Krise 2008 und der später folgenden Schuldenkrise bitter lernen müssen: Whatever it takes!

Je früher der Vertrauenszuspruch und der Rückhalt von staatlicher Seite geschaffen werden, desto geringer sind nachher die wirtschaftlichen und finanziellen Konsequenzen. Dieser Nachtragshaushalt und der Rettungsschirm mit der Kreditemächtigung von 25 Milliarden Euro drücken genau das aus.

Herr Ministerpräsident, Herr Minister der Finanzen, für diesen Vertrauensvorschuss, für den Mut, die Risiken zu übernehmen, und für dieses Signal, dass sich die Landesregierung in einer historisch einzigartigen Situation solidarisch hinter die Wirtschaft stellt und niemanden fallen lässt, danke ich Ihnen im Namen der CDU-Fraktion in aller Deutlichkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, es hat seitens des Landes nie weitreichendere Maßnahmen zum Schutz der Bürger und zum Schutz der Wirtschaft gegeben. Wir tun alles, um Arbeitnehmer und Arbeitgeber vor dem Kollaps zu bewahren. NRW ist bereit zum Verzicht, um damit alles möglich zu machen.

So schmerzlich der Verzicht in den kommenden Wochen auch sein wird und so groß die Herausforderungen auch sein werden, appelliere ich an die Menschen in Nordrhein-Westfalen: Die Politik ist bereit, sich mit aller Kraft gegen die Krise zu stemmen. Das kann und wird dann erfolgreich sein, wenn jeder Einzelne von uns sich an die erlassenen Regeln und Maßnahmen hält und mit Besonnenheit und Vernunft sein Verhalten an die veränderte Situation anpasst. Unser Bundesland braucht jetzt den Beitrag jedes Einzelnen.

Mit einem Blick in die Zukunft möchte ich für die Fraktion der CDU noch sagen: Wir vertrauen darauf, dass wir nach der Krise zu alter Stärke zurückfinden werden. NRW hat unglaubliches Potenzial. Wir sind kreativ, belastbar, strebsam, fleißig und innovativ. Dieses Potenzial werden wir auch in Zukunft abrufen und Wohlstand und Fortschritt mehren. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche Ihnen beste Gesundheit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Moritz. – Nun spricht Frau Düker für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Monika Düker^{*)} (GRÜNE): Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wie gerade schon in der Grundsatzdebatte ausgeführt, begrüßen wir die Maßnahmen der Landesregierung. Wir werden sowohl dem Rettungsschirmgesetz als auch dem Nachtragshaushaltsgesetz zustimmen.

Wir sehen, dass in vielen Bereichen die notwendigen Entscheidungen getroffen wurden. Die steuerlichen Maßnahmen sind bereits angelaufen. Ich konnte selbst anhand einiger Beispiele zur Kenntnis nehmen, dass die Steuerberater ihre Klienten schon Ende der Woche darauf aufmerksam gemacht haben, dass jetzt Anträge gestellt werden können. Insofern fließen die Informationen bereits.

Ich finde es, ehrlich gesagt, auch bemerkenswert – das muss man heute einmal festhalten –, dass es die Steuerverwaltung schafft, ein Formular auf eine Seite zu reduzieren

(Heiterkeit von der SPD)

und dieses Formular direkt online zur Verfügung zu stellen. Das finde ich bemerkenswert.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Insofern gebührt unserer Steuerverwaltung großer Dank für diese sensationelle Leistung. Denn ein Antrag auf Kurzarbeitergeld umfasst derzeit sechs Seiten, und es sind umfangreiche Nachweise zu erbringen. Beispielsweise muss dargelegt werden, ob das Unternehmen rentabel war. Außerdem muss noch dieses und jenes beigefügt werden. Damit werden riesige Hürden aufgebaut. Da ist unsere Steuerverwaltung hier mal richtig unbürokratisch und gut am Start.

Wir begrüßen und unterstützen auch, dass die Liquiditätsversorgung jetzt schnell erfolgen soll, was insbesondere den erhöhten Bürgschaftsrahmen angeht.

Wir müssen allerdings sehen, dass die Hausbanken da an ihre Grenzen stoßen. Insofern geht es nicht nur darum, dass die Steuerverwaltung unbürokratisch arbeitet. Vielmehr müssen auch die Hausbanken klare Vorgaben seitens der Bankenaufsicht bekommen, damit die Bürgschaften und die Kredite auch schnell zur Verfügung gestellt werden können.

Aus unserer Sicht wird es unter Umständen noch Erweiterungen geben müssen. Es mehren sich in vielen Stellungnahmen die Stimmen dahin gehend, dass neben der Liquiditätsversorgung auch eine Stärkung des Eigenkapitals erfolgen muss, da ein hohes Eigenkapital häufig Voraussetzung ist, um bei den Banken Kredite zu bekommen. Das wird sich auf der Strecke zeigen.

Deswegen brauchen wir – Herr Minister, das ist unsere große Bitte an Sie – ein höchstmögliches Maß an Flexibilität, um die Dinge im Vollzug auch anpassen zu können und dort, wo Lücken sind, gegebenenfalls nachsteuern zu können. Das ist aus unserer Sicht dringend notwendig.

Ansonsten begrüßen wir ebenfalls, dass, wie der Minister heute noch einmal erwähnt hat, aus dem Rettungsschirm auch Krankenhäuser ergänzend zum Bundesprogramm Unterstützung erfahren sollen. Auch hierzu mehrten sich die Hilferufe. Im Übrigen weiß ich nicht, ob inzwischen auf Bundesebene sichergestellt wurde, dass auch der Reha-Bereich Unterstützung erfährt. Vielleicht kann das Land diesbezüglich auf Bundesebene tätig werden.

Diese Erweiterungen werden aus unserer Sicht durch die relativ offene Formulierung der beiden Gesetzentwürfe ermöglicht. Sie sind auch dringend notwendig. Das habe ich schon vorhin in der Grundsatzdebatte ausgeführt.

Unsere soziale Infrastruktur braucht eine Stärkung. Auch hier dürfen wir Träger und Kommunen nicht alleine lassen. Ich erwähne noch einmal ausdrücklich die von Gewalt betroffenen Frauen und die Inobhutnahmen. Selbstverständlich ist Jugendhilfe eine kommunale Aufgabe. An den Strukturen will auch niemand etwas ändern, auch nicht an den Trägerstrukturen. Aber die Träger stoßen gerade an die Grenzen der Finanzierung. Daher muss überlegt werden, wie den Trägern unbürokratisch geholfen werden kann.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Die Gewerkschaften – uns erreichen beispielsweise Stellungnahmen von ver.di – sagen, dass sie unter Umständen einen Rettungsschirm für die Beschäftigten brauchen. An dieser Stelle weise ich noch einmal darauf hin, dass Kurzarbeitergeld immer auch eine existenzbedrohende Situation auslösen kann, ebenso wie Kündigungen aufgrund von Insolvenzen. Also brauchen wir auch hier unter Umständen Landesmittel.

Die Kommunen – das will ich noch einmal hervorheben; Kollege Hübner hat es dankenswerterweise auch ausgeführt – sagen uns, dass sie in eine Krise kommen werden. Sie berichten, dass schon jetzt Rückzahlungen für zu viel gezahlte Gewerbesteuer aus diesem Jahr anstehen. Aufgrund der Stundungen, die Sie richtigerweise angeregt haben, sind in diesem Jahr unter Umständen keine Einzahlungen mehr zu erwarten. Auch der kommunale Anteil an der Einkommensteuer oder an der Umsatzsteuer droht einzubrechen.

Ebenso haben die Kommunen die Kosten der Unterkunft zu einem großen Teil zu tragen. Bei einem größeren Kreis der Hilfsberechtigten werden auch hier die Ausgaben steigen.

Die Kommunen verzeichnen also sinkende Einnahmen und steigende Ausgaben. Dafür werden sie auf der Strecke ebenfalls einen Rettungsschirm benötigen. Wir sehen Möglichkeiten, das mit diesem Nachtragshaushalt und diesem Rettungsschirm gegebenenfalls auch mit abzudecken.

Als letzten Punkt, der uns ebenfalls wichtig ist, möchte ich hier das Konjunkturprogramm erwähnen. Jetzt leisten wir Nothilfe. Wir sind sozusagen die Feuerwehr. Das ist auch richtig. Man muss auf Sicht fahren und dann nachsteuern. Alles das ist in Ordnung.

Allerdings werden wir die Wirtschaft lange und nachhaltig durch Investitionsprogramme stärken müssen. Jetzt kommt es darauf an – darauf weise ich in dieser Debatte zum Nachtragsaushalt nochmals hin –, dass letztendlich zielgerichtete Investitionsprogramme aufgelegt werden.

Wir wissen zum Beispiel, dass in den Kommunen nach wie vor großer Bedarf an Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Klimafolgenanpassung besteht. Hier müssen dringend Investitionen getätigt werden. Mit solchen Investitionen können wir nach der Krise die Wirtschaft nachhaltig stärken, aber auch die nötigen Maßnahmen für die Transformation unserer Wirtschaft unterstützen. Auch das sollten wir bei aller Hektik und allem schnellen Handeln jetzt nicht aus dem Blick verlieren.

(Beifall von den GRÜNEN)

Der Vollzug – die Vorredner haben es angesprochen – wird ein Riesenproblem sein, bedenkt man, dass meines Wissens rund 600.000 kleine Unternehmen ergänzende Zuschussmöglichkeiten dieses Rettungsschirms potenziell in Anspruch nehmen könnten. Wenn morgen auch nur die Hälfte dieser Unternehmen Anträge stellt, ist mir ein großes Rätsel, wie die Bezirksregierungen das schultern sollen.

Herr Pinkwart, nehmen Sie sich ein Beispiel an der Steuerverwaltung. Die Steuerverwaltung schafft das auf einer Seite. In Ihrem Haus sollte es doch auch möglich sein,

(Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie: Da sind wir dran!)

die Beantragung so unbürokratisch sicherzustellen. Denn das kann ansonsten nicht abgewickelt werden.

Auch hier mahne ich noch einmal an: Für die Betroffenen geht es jetzt um jeden Tag und darum, dass die Mittel auch wirklich da ankommen, wo sie benötigt werden.

Wir stimmen beiden Gesetzentwürfen zu und hoffen, dass wir auf der Strecke im Dialog bleiben. Wir bieten als Opposition unsere Mitarbeit an, erwarten aber auch, dass die Dinge, die an uns herangetragen werden und die wir dann noch einmal vortragen, von der

Regierung sorgfältig auf Umsetzbarkeit geprüft werden. – Schönen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Frau Düker. – Jetzt hat Herr Witzel für die FDP-Fraktion das Wort.

Ralf Witzel (FDP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Bürger unseres Landes und in weiten Teilen der Welt sind aktuell mit einer außerordentlichen Notsituation konfrontiert. Das Coronavirus bedroht Leib und Leben etlicher Menschen. Viel zu viele sind schon erkrankt und über 15.000 sogar bereits verstorben.

Unser tiefes Mitgefühl gilt allen Angehörigen und unserer herzlichen Dankeschön all denen, die tagtäglich, oft bis zur eigenen Erschöpfung, in der kritischen Infrastruktur bei der Bewältigung der Pandemie und ihrer Folgen mithelfen. Die dort Beschäftigten leisten Großartiges und verdienen dafür unsere höchste Anerkennung.

(Beifall von der CDU, der FDP, Monika Düker [GRÜNE] und Roger Beckamp [AfD])

Eine Bekämpfung der Pandemie ist nur durch eine Reduzierung der Neuansteckungszahlungen möglich. Die sozialen Kontakte der Bürger müssen deshalb auf das notwendige Minimum reduziert werden. Deshalb haben das Land und die Kommunen in Nordrhein-Westfalen weitreichende Einschränkungen im Leben der Menschen beschlossen. Millionen können nicht zur Arbeit, nicht zur Schule oder in die Kita, ins Theater oder ins Kino, und viele Geschäfte sind geschlossen.

Diese Maßnahmen sollen Menschenleben retten. Sie schränken aber auch die persönliche Freiheit des Einzelnen ein und haben fatale Auswirkungen auf die Wirtschaft unseres Landes.

Große Unternehmen sind ebenso betroffen wie kleine Betriebe, Geschäfte, Gastronomie, Freiberufler und Solo-Selbstständige. Die staatlichen Betriebsverbote richten dort immense Vermögensschäden an, wenn aktuelle Umsätze vollständig ausfallen und sogar zukünftiges Geschäft durch Storno entfällt, aber vertragliche Fixkosten bestehen bleiben.

Zahlreiche Arbeitgeber haben deshalb bereits Kurzarbeit oder Insolvenz anmelden müssen, und unzählige Beschäftigte fürchten um ihren Arbeitsplatz. Verbindlichkeiten gegenüber Personal, Vermietern und Lieferanten können vielfach von Betriebsinhabern heute kaum noch bedient werden.

Es handelt sich nach Erwartungen von Ökonomen um die größte Krise seit dem Zweiten Weltkrieg. Deren Ausbruch kommt völlig unerwartet und hat ein

noch unbekanntes Ausmaß. Die Bundesbank prognostizierte deshalb erst gestern eine ausgeprägte Rezession mit Einbrüchen bei Binnennachfrage und Exportgeschäft von anhaltender Dauer. Das renommierte ifo-Institut hat verschiedene Szenarien berechnet, denen zufolge eine Wirtschaftsleistung zwischen 250 und 500 Milliarden Euro ausfällt und ein wirtschaftlicher Rückgang um bis zu 10 % gut vorstellbar ist.

Für die bestmögliche Bewältigung dieser Krise muss deshalb schnell alles Notwendige unternommen werden, um unsere Unternehmen, die Selbständigen in unserem Land, Vereine, Einrichtungen und Dienstleister für die Folgen der staatlich verordneten Stilllegung zu entschädigen.

So gilt es heute, mit einem Rettungspaket in historischem Ausmaß den Betroffenen zu helfen, die ohne eigenes Verschulden durch direkte Betätigungsverbote oder mittelbare Folgen der Coronakrise existenzgefährdet sind. Diese Hilfe ist notwendig, um das wirtschaftliche Überleben zu sichern, den Bankrott oder die Verstaatlichung von Unternehmen zu verhindern und damit auch die plurale, mittelständische Struktur in unserer Marktwirtschaft zu erhalten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wer die Verstaatlichung ganzer Branchen verhindern und private Existenzen sichern will, der muss jetzt handeln.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Es sind gerade die Privatwirtschaft und der Mittelstand gewesen, welche die ökonomische Basis für die Hilfen, die jetzt benötigt werden, erarbeitet haben. Öffentliche Hilfen müssen dabei betrieblich notwendig und ohne Fehlanreize oder Mitnahmeeffekte ausgestaltet sein, beispielsweise durch nachträgliche Prüfungen, die bei Falschangaben auch Sanktionen bewirken.

Unser übergeordnetes Ziel ist es, die Grundlagen der Wirtschaft und unseres Wirtschaftssystems zu bewahren, unverschuldete Marktaustritte zu vermeiden und der Wirtschaft die notwendigen Impulse zu geben, damit direkt nach Ende der Krise mit der Wiederaufnahme des wirtschaftlichen Lebens begonnen werden kann.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Es bleibt nicht so wie vorher!)

Mit der Einrichtung eines Sondervermögens von bei Bedarf bis zu 25 Milliarden Euro wird der nordrhein-westfälische Landtag heute ein Hilfsprogramm von historischer Dimension beschließen und damit für die Menschen in unserem Land Handlungsfähigkeit und Verlässlichkeit dokumentieren. Das, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist in diesen Zeiten ganz wichtig, auch für die Stabilisierung und Akzeptanz der parlamentarischen Demokratie.

Dieser NRW-Rettungsschirm ist nach den Grundsätzen der Schuldenbremse gedeckt, die eine Kreditaufnahme bei außergewöhnlichen Notsituationen ausdrücklich vorsieht. Die Hilfen müssen jetzt zeitnah und daher unbürokratisch gewährt werden. Damit dieser Prozess schnell, strukturiert und effizient erfolgt, sind klare Kriterien und Prinzipien für den Mittelinsatz zu entwickeln.

Die Landeshilfen sollen dabei gerade die Lücken schließen, die der Bund hinterlässt, sie werden also strukturell komplementär zu den Bundesmitteln sein. Ich will Ihnen das anhand einiger Beispiele verdeutlichen.

Erstens. Die nordrhein-westfälische Finanzverwaltung verbessert die Liquidität der Betriebe in einer beachtlichen Größenordnung von vielen Milliarden durch Steuerstundung und Verzicht auf Säumniszuschläge, Vollstreckung oder Umsatzsteuervorauszahlungen. Der daraus resultierende Steuereinnahmeausfall muss im Haushalt ausgeglichen werden.

Zweitens. NRW leistet Soforthilfen für Betriebe mit 10 bis 50 Beschäftigten, für die der Bund keine unmittelbare eigene Unterstützung vorsieht. Das halten wir politisch und natürlich auch ökonomisch für ausgesprochen sinnvoll. Kleine und mittlere Unternehmen sind seit Jahrzehnten – gerade in Nordrhein-Westfalen – Träger unseres wirtschaftlichen Erfolges. Sie erbringen immense Leistungen für Wohlstand, Ausbildung und Beschäftigung. Deshalb wollen wir diese auch erhalten.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Drittens. Nordrhein-Westfalen setzt gerade in Zeiten der Krise auch auf Gründerförderung und führt die Programme fort, damit in unserem Land keine Innovation, die wir in den nächsten Monaten doch so dringend benötigen, verlorengeht.

Viertens. Auch eine Erhöhung des Volumens von Landesbürgschaften ist ganz wichtig. Das machen wir mit einem Sprung auf 5 Milliarden Euro – das ist eine Steigerung von über 550 % –, um Liquidität zu erhalten.

Ich sage deshalb ganz klar: Niemand in unserem Land braucht ein schlechtes Gewissen zu haben, diese Hilfen in Anspruch zu nehmen, wenn die jeweiligen Voraussetzungen der Gewährung individuell erfüllt sind.

Aufgrund des noch ungewissen Ausmaßes der Krise und der sich ständig wandelnden Herausforderung brauchen wir Flexibilität für die verantwortlichen Ressorts der Landesregierung bei der Bewirtschaftung des Rettungsfonds – sie haben unser Vertrauen verdient –, damit diese handlungsfähig sind.

Im Gegenzug erwarten wir die notwendige Transparenz. Ab einem zu definierenden Schwellenbetrag soll eine regelmäßige Beteiligung des Haushalts-

und Finanzausschusses des nordrhein-westfälischen Landtags an den Ausgabeentscheidungen erfolgen, verbunden mit einer Berichterstattung an den Landtag zur konkreten Ausgestaltung der Hilfen sowie deren Ausgabevolumina und Wirksamkeit.

Den Vorschlägen des Landesrechnungshofs zur Mittelverwendung stehen wir offen gegenüber, beispielsweise Maßnahmen, ab einem gewissen Volumen eine regelmäßige Evaluation der Wirksamkeit vorzusehen.

Zur Wahrheit gehört auch: Dieses Rettungspaket, das die Folgen des aktuellen Shutdowns in Teilen kompensieren soll, wird alleine nicht ausreichen, alle wirtschaftlichen Einbußen wieder wettzumachen und sämtliche damit verbundene Probleme zu lösen.

Es sind zeitnah noch zahlreiche Begleitmaßnahmen zur Bekämpfung der Krise zu beschließen, vor allem im Bundesrecht. Dazu gehört beispielsweise die Modernisierung der strikten Bankenregulatorik, die sich derzeit eher als lösungshemmend erweist, sowie eine Flexibilisierung im Arbeitsrecht. So sollten etwa Arbeitnehmer, die durch Betriebsschließungen jetzt ohne Tätigkeit sind, sofort in den Dienstleistungsbereichen tätig werden können, die aktuell für die Versorgung der Bevölkerung besonders wichtig sind.

Um die Konjunktur nach Ende der Coronakrise wieder anzukurbeln, brauchen wir ferner ein bundesweites Entfesselungsgesetz,

(Monika Düker [GRÜNE]: Um Gottes willen! –
Marc Herter [SPD]: Völlig am Thema vorbei!)

das es ermöglicht, Investitionsvorhaben schnell und unbürokratisch in Angriff zu nehmen, damit Initiativen nicht jahrelang in der Genehmigungsbürokratie erstickt werden. Investitions- und beschäftigungshemmende Überregulierungen sind zumindest vorübergehend auf ein notwendiges Minimum zu begrenzen, sonst kommt unsere Wirtschaft nicht wieder in Schwung.

Dringlich ist ferner eine bundesweite Strategie, um durch Fortschritte bei der medizinischen Versorgung und deren Kapazitäten sowie Diagnostik eine Wiederaufnahme der Wirtschaftstätigkeit zu ermöglichen. Alle coronabedingten Folgen und Schäden werden wir mit diesem Nachtragshaushalt nicht lösen können.

Wir wünschen uns aus humanitären Gründen nichts mehr, als dass schnell medizinische Lösungen im Kampf gegen die Pandemie gefunden werden. Je schneller und besser dies gelingt, desto weniger werden wir alle angedachten Maßnahmen benötigen. Es wäre daher in jeder Hinsicht wünschenswert, wenn die heute zu beschließende Nettokreditaufnahme von 25 Milliarden Euro erst gar nicht in voller Höhe benötigt würde und damit die heute junge Generation mit der Rückzahlung nicht bis in das Jahr 2070 beschäftigt wäre.

Zeiten der Krise müssen immer auch Zeiten des gesellschaftlichen Zusammenhalts und der Handlungsfähigkeit des Parlamentarismus sein. Sie sind kein guter Aufhänger für Parteipolitik.

(Zuruf von Michael Hübner [SPD])

In diesem Sinne würde ich mich freuen, wenn wir heute im Hohen Haus zu einem gemeinsamen Verständnis kommen würden, welche Hilfen für die Menschen in unserem Land jetzt notwendig, sachgerecht und angemessen sind.

An der FDP-Landtagsfraktion wird jedenfalls kein vernünftiger Vorschlag scheitern, die Coronakrise in unserem Land gemeinsam zu überwinden. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Witzel. – Nun spricht Herr Wagner für die AfD-Fraktion.

Markus Wagner (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Welt – und damit auch unser Land – befindet sich in einer so nie dagewesenen Ausnahmesituation. Die Menschen werden von einer Coronainformationsflut erschlagen, die sie zunächst einmal filtern und sortieren müssen. Was hilft wirklich gegen Corona? Was ist angemessen? Warum entscheidet die Politik alle zwei Tage neu? Wieso sind andere Länder möglicherweise schneller und erfolgreicher? Warum gilt das, was gestern noch als unmöglich galt, heute als zwingend?

Als sei dies nicht schon genug, haben die Menschen auch noch ganz persönliche, existenzielle Sorgen. Was passiert mit meiner Mutter oder mit meinem Vater? Wie funktioniert die Betreuung meiner Kinder? Habe ich im nächsten Monat noch genug Geld für die Miete? Behalte ich meinen Arbeitsplatz? Reichen die Ersparnisse und Vorräte, und wie lange soll das eigentlich noch gut gehen?

Vor diesem Hintergrund kann ich meine Rede nicht anders beginnen, als der großen Mehrzahl im Volk für die Ruhe und Besonnenheit, mit der die Allermeisten bisher auf diese Ausnahmesituation reagieren, zu danken.

Es ist großartig, wie sich die übergroße Mehrheit der Bürger verhält. Alte und Kranke erhalten Unterstützung aus der Nachbarschaft, über die sozialen Medien bieten sich die Bürger gegenseitig Hilfe an. Diese Eigenverantwortung und Eigeninitiative sind wesentliche Erfolgsfaktoren für eine liberale Ordnung. Wo immer dies möglich ist, hat die Politik dies daher zu fördern und sich zu bedanken. Meinen

Dank an die Menschen will ich zugleich mit dem Appell verbinden: Bleiben Sie weiter so ruhig und besonnen.

Die Aufgeregtheit der Politik, die ständigen Kehrtwenden – sie sind auch der Situation geschuldet –, die Unterschiede zwischen den Bundesländern und die Differenzen zwischen den einzelnen Staaten der Welt sollten Sie so wenig wie möglich verunsichern, auch wenn es einem die Politik oft schwermacht.

Wenn ich schon dabei bin, Danke zu sagen: Das gilt natürlich ganz besonders für all die Krankenschwestern und Polizisten, die Ärzte und Erzieherinnen, die Ordnungsämter, Apotheker, die Müllwerker, die Arbeitnehmer in der Energieversorgung, die Verkäuferinnen in unseren Lebensmittelmärkten und all die anderen, die jetzt weiter ihren Dienst in unserem Land und für unser Land und seine Menschen leisten.

(Beifall von der AfD)

Immer wieder habe ich hier gefordert, dass sich das finanziell auszahlen muss, und wurde daraufhin auch von Ihnen gerne mal als „rechts“ bezeichnet. Ich hoffe, liebe Kollegen von CDU, SPD, FDP und Grünen, dass sich der Gedanken spätestens jetzt auch bei Ihnen durchsetzt. Aus einigen Reden meiner Vorredner war das ja bereits herauszuhören.

Meine Damen und Herren, wir sollen nun heute auf Wunsch der Landesregierung binnen eines Tages über neue Kreditlinien in Höhe von 25 Milliarden Euro entscheiden, um die schlimmsten direkten und indirekten Folgen der Coronakrise zu lindern. Ich will vorweg sagen: Ja, wir stimmen dem zu. Es ist nachvollziehbar und richtig, in dieser Situation zunächst einmal Geld für die nötigsten Maßnahmen bereitzustellen. Es ist richtig, dass wir vorbereitet sind und in den nächsten Monaten nicht in die Lage geraten dürfen, aufgrund der zu erwartenden massiven Ausfälle von Steuereinnahmen die Gehälter von Polizisten, Richtern und Krankenschwestern nicht mehr bezahlen zu können.

Aber – und das gehört auch dazu – unser Ja ist nicht bedingungslos. Der von der Landesregierung eingebrachte Nachtragshaushalt über 25 Milliarden Euro auf Kredit ist bisher weitgehend unspezifiziert. Das stellen nicht nur wir fest, sondern auch der unabhängige Landesrechnungshof. Sie haben noch keine klare und konkrete Vorstellung davon, wie wir diese Krise schnellstmöglich eindämmen und den Menschen helfen können. Nicht einmal die Zahl von 25 Milliarden Euro selbst ist sicher, geschweige denn, was im Einzelnen damit ausgeglichen werden soll.

Klar ist nur: Wir werden es mit massiven Steuermindereinnahmen zu tun haben, und insbesondere der

Klein- und Mittelstand und die dort Beschäftigten bedürfen nun klarer, schneller und unbürokratischer Hilfe.

Verstehen Sie mich nicht falsch. Natürlich kann man nicht jeden Posten en détail auf den Euro genau absehen, aber ich hätte seitens der Landesregierung doch deutlich mehr Konkretheit erwartet. Auch darin bin ich mir mit der Präsidentin des Landesrechnungshofs einig.

Für uns als AfD-Fraktion sind folgende Punkte ganz wesentlich mit unserer Zustimmung verbunden.

Erstens. Wir benötigen eine klare Priorität bei den Selbständigen mit kleinen Betrieben und deren Beschäftigten: Taxifahrer, Kleingastronomen, Friseure und Kosmetikerinnen, Kellner, Handwerker, Freelancer und Freiberufler. Wir als Schutzmacht gerade auch dieser Menschen werden genau darauf achten, wofür welches Geld ausgegeben werden soll.

(Beifall von der AfD)

Wir benötigen jetzt eine schnelle und unbürokratische Hilfe für diese Menschen.

Wie lange sollen zum Beispiel eine Friseurin oder eine freiberufliche Grafikerin mit 60 % Kurzarbeitergeld überleben? Wie sollen sie ihre Miete bezahlen, wo doch das Trinkgeld vollständig ausfällt und ihr Lohn und im schlimmsten Fall ihr Arbeitsplatz in Gefahr sind?

Es hilft auch nicht, wenn neunmalkluger Politiker die nicht gezahlten Mieten bei dem Vermieter auflaufen lassen wollen, der damit aber doch die in Rede stehende Wohnung abbezahlt.

All das lässt sich eine kurze Zeit lang, vielleicht vier oder fünf Wochen, durchhalten. Bis dahin müssten wir aber eigentlich damit durch sein; denn sonst erleben wir weit mehr als nur eine schwere Rezession.

Zweitens. Wir erwarten, dass die Landesregierung das Parlament und den Finanzausschuss angemessen beteiligt. Es darf nicht sein, dass wir das Recht des Parlaments in diesen Fragen schleifen. Dass die Landesregierung mehr oder weniger ohne Kontrolle mal eben 25 Milliarden Euro – oder einen Teil davon – nach Gutdünken verteilt, werden wir ganz sicher nicht durchgehen lassen. Auch eine Krise darf nicht zu einer Aushöhlung der Demokratie führen.

(Beifall von der AfD)

Drittens. Die abgerufenen Kredite sind vor allem eines, nämlich – natürlich – auf Pump finanziert und damit Schulden.

Für uns als AfD ist ganz wesentlich, dass diese Schulden auch wieder getilgt werden. Leider ist unser Vertrauen in die Landesregierung aufgrund ihrer bisherigen Haushaltspolitik diesbezüglich mehr als gering. In diesem Haushaltsjahr hat sie trotz Nullzinspolitik und trotz massiver Steuereinnahmen so gut

wie nichts getilgt. Wir werden immer wieder einfordern, dass Schulden auch beglichen werden.

Viertens. Alle Maßnahmen müssen dazu dienen, die Krise nun so schnell und nachhaltig wie möglich zu überwinden, ohne weitere Fehler zu begehen.

Daher werden wir für das Plenum in der kommenden Woche einen 48-Punkte-Plan vorlegen, der ganz konkret gegen die Pandemie und für die Wirtschaft und damit für die Menschen wirkt. Ohne zu sehr vorzugreifen: Wir wollen unter anderem Menschen in Grundrente mit Direktzahlungen unterstützen, die Vorauszahlung der Einkommensteuer für Selbstständige aussetzen, das Kurzarbeitergeld vereinfachen und ausweiten, den Bargeldbestand an EC-Automaten sichern und die Sicherheit der Mobilfunknetze gewährleisten, damit wir wenigstens noch online gehen und unsere Liebsten anrufen können.

Meine Damen und Herren, diese Krise bietet aber auch die Chance, im Landeshaushalt zu sparen. Überflüssiges und Unsinniges kann, muss jetzt endgültig weg. Ein haushalterisches „Weiter so“ passt spätestens jetzt nicht mehr in die Zeit. Sachlich richtig war es ohnehin nie.

Sie ist auch eine Chance, die Globalisierung menschenfreundlicher zu gestalten. Die Ansichten, nach denen die kleinen Einheiten – die Familie, die Nachbarschaft, die Stadtgesellschaft und auch die Nation – als angeblich von gestern denunziert wurden, haben sich als nicht krisentauglich erwiesen.

(Beifall von der AfD)

Keine Chance darf die Coronakrise hingegen für diejenigen darstellen, die davon profitieren wollen. Das gilt für jene, die das, was sie schon immer wollten, nun unter dem Mantel der Pandemie durchdrücken wollen – seien es die Abschaffung des Bargeldes, andere die Bürgerrechte ungebührlich einschränkende Maßnahmen oder eine europäische Haftungsunion. Das gilt auch für diejenigen, die die Epidemie nun als willkommenen Sündenbock für eine Rezession, die ohnehin – wenn auch nicht derart massiv – bevorstand, als Begründung einer sparerfeindlichen Nullzinspolitik oder für was auch immer es solchen Politikern gerade gelegen erscheint ausnutzen.

Stattdessen müssen wir gemeinsam, realistisch und positiv an die Sache herangehen. Helfen Sie Ihren Nachbarn, unterstützen Sie unverschuldet in Not geratene Obdachlose. Wenn Ihr Restaurant um die Ecke einen Lieferdienst eingerichtet hat, dann nutzen Sie ihn, sofern Sie noch ein volles Gehalt bekommen. Gehen Sie nach der Krise zum Friseur, gehen Sie ein Bier trinken, unterstützen Sie die Selbständigen mit kleinen Betrieben und damit Ihre Arbeitnehmer vor Ort.

(Zuruf von Daniel Sieveke [CDU])

Vor allem: Bleiben Sie weiterhin so ruhig und besonnen. Viele von uns sind nun 24 Stunden, 7 Tage die Woche zu Hause. Das kann für Alleinstehende Einsamkeit bedeuten. Dort, wo keine medizinischen Risiken bestehen, rufe ich Sie dazu auf, sich zu kümmern. Zeigen Sie den Betroffenen, dass sie nicht alleine sind.

Für Menschen in Beziehungen und mit Familie bedeutet die Zeit vor allem laufende Kompromisse mit dem Partner. Was anfangs noch wie ein Kurzurlaub daherkommt, kann schnell zum Lagerkoller werden. Halten Sie zusammen. Dafür bedarf es oftmals einer lange nicht mehr gekannten Geduld. Es bedarf der Rücksicht, der Nachsicht und des Langmutes. Ich wünsche mir, dass die gemeinsame Zeit, die viele Paare jetzt miteinander verbringen, in neun Monaten zu viel mehr Kindern und nicht zu mehr Scheidungen führt. Lassen Sie uns gemeinsam das Beste daraus machen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Wagner. – Jetzt spricht für die SPD-Fraktion Herr Kollege Zimkeit.

Stefan Zimkeit* (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eine Anmerkung vorweg: Wer glaubt, die wirtschaftlichen Folgen dieser Krise mit nationalstaatlichen und nationalistischen Lösungen beheben zu können, der ist auf dem total falschen Weg. Das wird nicht funktionieren.

(Beifall von der SPD und Bernd Petelkau [CDU])

Wir haben zu Recht sehr viel über die Unsicherheit der Menschen gesprochen: über die Unsicherheit in Bezug auf die gesundheitlichen Folgen, über Ängste – sogar lebensbedrohliche Ängste –, aber vor allen Dingen auch über die wirtschaftlichen und existenziellen Folgen.

Dieser Rettungsschirm sieht Lösungen insbesondere für Selbstständige und die Wirtschaft vor. Dies geschieht durch Bund und Land, und das ist wichtig und richtig. Das darf aber nicht alles sein, weil wir auch einen Rettungsschirm für das Zusammenleben der Menschen in unserer Gesellschaft in Nordrhein-Westfalen brauchen.

Wir haben im Rahmen der Anhörungsverfahren viele Hinweise bekommen. Wir wurden auf viele Ängste aufmerksam gemacht, und es wurden viele Ansprüche an uns formuliert. Es ist meiner Meinung nach unsere Aufgabe, auch diesen Menschen die Ängste zu nehmen – soweit das möglich ist – und ihnen klare Signale zu senden.

Das gilt für Beschäftigte, insbesondere jene in den jetzt besonders belasteten Bereichen, für ehrenamtlich Tätige in Vereinen und Organisationen, für das Gesundheitswesen und die Menschen, die dort tätig sind, für die Wohlfahrtsverbände und die sozialen Dienste. All diese brauchen dringend ein Signal, dass auch ihnen geholfen wird.

Wir haben Ihnen Vorschläge vorgelegt, um dies sicherzustellen. Wir bitten Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Vorschläge aufzugreifen.

(Beifall von der SPD)

Mit den Vorschlägen, die wir Ihnen vorlegen, blicken wir an zwei Stellen etwas weiter in die Zukunft.

Dazu zählt zum einen der Tilgungszeitraum für das Sondervermögen. Der gewählte Zeitraum von 50 Jahren belastet nicht nur eine Generation – was wir für angemessen halten –, sondern auch noch eine zweite. Wir – wie viele andere, die sich dazu geäußert haben – halten diesen Tilgungszeitraum in dieser Form für zu lang und bitten, darüber nachzudenken, ihn auf eine angemessene Zeit, zum Beispiel auf 30 Jahre, zu verkürzen.

Wir sehen es aber als viel wichtiger an, uns auch darauf vorzubereiten, dass solche Krisensituationen zukünftig wieder entstehen können. Wir müssen unser Gesundheitssystem besser auf solche Krisensituationen vorbereiten. Dazu bedarf es unter anderem Investitionen in die Krankenhäuser, auch im Hinblick auf deren zukünftige Aufstellung.

Wir schlagen vor, die Möglichkeit zu eröffnen, aus diesem Rettungsschirm auch entsprechende Maßnahmen, die in die Zukunft gerichtet sind, zu finanzieren, um unser Gesundheitssystem auf mögliche kommende Krisen besser vorzubereiten.

(Beifall von der SPD)

Die Fraktionen haben gemeinsam deutlich gemacht, dass das Parlament handlungsfähig bleiben und die Beteiligung des Parlaments bei der Umsetzung dieses Sondervermögens sichergestellt werden muss, insbesondere bei der Verausgabung des Geldes.

Für uns bleibt der zentrale Ort der Diskussion darüber das Parlament. Deswegen haben wir Ihnen Vorschläge vorgelegt, um das sicherzustellen. Dies muss in unserem gemeinsamen Interesse liegen. Immer dann, wenn es möglich ist, müssen Entscheidungen über die Verausgabung dieser Mittel hier in diesem Raum fallen. Wenn das nicht geht, dann sind die Ausschüsse gefragt. Wir bitten Sie im Sinne des Parlamentarismus, wie wir ihn verstehen, diese Vorschläge aufzugreifen.

(Beifall von der SPD)

Der für uns zentrale Punkt ist schon angesprochen worden. Ich wiederhole ihn: Die Kommunen müssen unbedingt einen Platz unter diesem Rettungsschirm

finden. Sie leiden unter dem Verlust eigener Steuereinnahmen, und über das GFG leiden sie darunter, dass die Landessteuern zurückgehen werden. Sie haben einen Zuwachs an Aufgaben und damit auch an Ausgaben. Wir dürfen sie damit nicht alleine lassen. Wir dürfen all die Erfolge, die in den letzten Jahren in den Haushaltskonsolidierungen erzielt worden sind, nicht gefährden. Wir dürfen es nicht zulassen, dass die Menschen in den Städten durch Leistungskürzungen und erhöhte Steuern die Zeche der Krise zahlen.

Deswegen muss es unter diesem Rettungsschirm einen Platz für die Kommunen geben. Das ist genauso wichtig wie ein Rettungsschirm für das Land und seine Steuereinnahmen.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Ich hoffe, dass wir alle gemeinsam dies sicherstellen können.

Sie haben angekündigt, gleich über unsere Vorschläge diskutieren zu wollen. Wir begrüßen dies, und wir begrüßen einen Rettungsschirm. Diesen halten wir für notwendig, glauben aber, dass wir bei Berücksichtigung unserer Vorschläge mehr Menschen das Signal senden könnten, unter diesen Rettungsschirm zu kommen. Wir würden uns freuen, wenn Sie unsere Vorschläge dazu aufgreifen würden. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Zimkeit. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wir kommen damit zu den Abstimmungen nach der ersten Lesung, und zwar erstens über die Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 17/8881. Die Fraktionen haben sich darauf verständigt, den **Gesetzentwurf Drucksache 17/8881** an den **Haushalts- und Finanzausschuss** zu **überweisen**. Wer stimmt dem zu? – Gibt es Gegenstimmen? – Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist diese Überweisungsempfehlung einstimmig angenommen.

Zweitens stimmen wir über die Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 17/8882 ab. Die Fraktionen haben sich darauf verständigt, den **Gesetzentwurf Drucksache 17/8882** an den **Haushalts- und Finanzausschuss** zu **überweisen**. Gibt es dazu Gegenstimmen? – Nein. Gibt es dazu Enthaltungen? – Nein. Also sind alle dafür. Damit ist diese Überweisungsempfehlung einstimmig angenommen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, entsprechend der Vereinbarung aller Fraktionen unterbreche ich nun die Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen. Die Sitzung wird um 15:30 Uhr fortgesetzt.

(Unterbrechung der Sitzung: 12:57 Uhr bis 15:32 Uhr)

Präsident André Kuper: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die unterbrochene Sitzung des Landtags wieder und rufe auf:

3 **Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2020 (Nachtragshaushaltsgesetz 2020 – NHHG 2020)**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/8881

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
– mündlicher Bericht des Vorsitzenden –

zweite Lesung

und

dritte Lesung

Änderungsantrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/8888

in Verbindung mit:

Gesetz zur Errichtung eines Sondervermögens zur Finanzierung aller direkten und indirekten Folgen der Bewältigung der Corona-Krise (NRW-Rettungsschirmgesetz)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/8882

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
– mündlicher Bericht des Vorsitzenden –

zweite Lesung

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/8889

Zu einem kurzen mündlichen Bericht über die Beratungen im Haushalts- und Finanzausschuss sowie zu den Beschlussempfehlungen des Ausschusses erteile ich dem Vorsitzenden, dem Abgeordneten Martin Börschel, das Wort. Bitte schön.

Martin Börschel¹⁾ (SPD): Vielen Dank. – Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich will – ich habe Ihre Mahnung verstanden, Herr Präsident – sehr kurz berichten. Ich bin ja sozusagen eine personalifizierte Coronafolge,